

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise Verhältnismäßig. Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P 7. Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 40460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 134 A

BERLIN • Freitag, den 10. Juni 1932

1. JAHRGANG

Vorbereitung der Faschistenwahlen!

Erprobte Totschläger werden freigelassen. Papens Intrigen gegen die Preußenregierung.

Der schon vom Wuppertaler Schwurgericht äußerst glimpflich behandelte NS-Trupp-Führer HEUCKENKAMP, der im Hückeswagener Totschlagsprozeß zu einer geringen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist jetzt gegen eine Kaution von 2000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

HEUCKENKAMP war am 13. März bei dem Mord an den drei kommunistischen Arbeitern in Hückeswagen dadurch beteiligt, daß er den NS-Mordtrupp aus Lennep herbeiführte und, wie im Prozeß der Staatsanwalt auf Grund der Zeugnisaussagen feststellte, das Kommando „Schießen!“ gab. Obwohl der Staatsanwalt wegen Anstiftung zum Totschlag eine hohe Zuchthausstrafe beantragt hatte, erhielt HEUCKENKAMP nur wegen Raufhandels drei Monate Gefängnis.

Jetzt haben die NS Geld gesammelt und ihn losgekauft! Wie der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt wird, ist auch für einen der wegen Totschlags verurteilten unmittelbar ausführenden Mordknechte von Hückeswagen eine Geldsammlung im Gange. Aber hier wird ein höherer Preis verlangt: 10000 Mark; die Summe ist bisher noch nicht aufgebracht worden.

Es geht also einfach um die Einleitung eines Wahlkampfes nach italienischem Muster, unter dem Druck der auf der Straße hausenden SA. Dem dient — mindestens im Erfolgsfall — die bevorstehende Aufhebung des SA-Verbots; dem dient im Erfolg die Freilassung der speziell im Wahlterror erprobten Totschläger (es handelte sich in Hückeswagen um einen dreifachen Mord am Wahltag).

Der solidarische Zusammenschluß der Arbeiter in einer

ehrlichen Einheitsfront zum Schutz gegen die NS auf der Straße wird bereits für den bevorstehenden Wahlkampf dringend. Da die Mörder freigelassen werden, kann hier nur der Selbstschutz helfen! Freilich, diese Abwehr wird nur stehen, wenn sie nicht durch innere parteipolitische Auseinandersetzungen geschwächt wird. Es ist hiernach klar, welche Bedeutung auch für den rein körperlichen Schutz auf der Straße und für dessen innere Festigkeit und äußere Schlagkraft das parlamentarische Bündnis der Arbeiterorganisationen während dieser Wahlen hat. Oder glaubt jemand im Ernst, daß die Flüste der Arbeiter in der Abwehr der NS auf der Straße zusammenarbeiten werden, wenn in die Köpfe der kommunistischen Genossen noch am selben Tage durch die KP-Pressen der Satz eingohämmert wird: „Die SPD ist nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“? (Jener Satz stammt aus den Ausführungen, die THÄLMANN am Mittwoch auf der Reichstagung der Spitzenfunktionäre der KPD gemacht hat, und die als neueste Richtlinien für den „Einheitsfront“-Kampf der kommunistischen Arbeiter durch die kommunistische Presse gehen).

Wo die Parteigeneräle so versagen, steht die Sache der Einheitsfront bei den Parteisolдатаn. Sie vor allem, in welcher Parteidrüse sie auch stehen mögen, fordern wir auf, für die Aufstellung gemeinsamer Listen aller Arbeiterorganisationen im kommenden Wahlkampf zu arbeiten, damit, da von den Thronen nur Nacht ausgeht, das Licht aus den Gräbern steige — aus den Gräbern der in Mutlosigkeit erstorbener Aktivität Hunderttausender von Genossen.

AUS DEM INHALT:

„Feindliche Flieger“.
Giacomo Matteotti, ermordet vor 8 Jahren.
Der Affenmensch und die Gewissenhaftigkeit.
Der Klassenkampf des 4. Strafsenats.
Autarkie als Mittel gegen die Krise?

Erfahrungen mit der RGO.

Lehrreiche Betriebsratswahlen auf zwei Ruhrzechen.

Von Kurt Regeler.

Vor einiger Zeit fanden im Ruhrgebiet auf den Schachtanlagen „Ickern 1/2“ und „Victor 3/4“ in Castrop Rauxel Betriebsratswahlen statt. Sie brachten der RGO beträchtliche Erfolge; aber nicht nur der RGO, sondern auch den Nazis. Auf beiden Schachtanlagen sind seit der vorjährigen Betriebsratswahl eine ganze Anzahl von Kumpeln entlassen worden, und sicher waren es nicht die Leisetreter und Nazis, die mit einem „blauen Brief“ bedacht wurden. Es ist vielmehr so, daß eine ganze Anzahl der aktivsten RGO-Anhänger anlässlich des verpufften Januar-Streiks gemäßigert wurden. Dennoch gelang es der RGO, prozentual mehr Stimmen auf ihre Liste zu vereinigen als im Vorjahre. Die RGO gewann auf Kosten anderer Listen, vor allem auf Kosten der freigewerkschaftlichen Liste.

Wovon lebt die RGO?

Wo liegt der Schlüssel zu ihrem Erfolg auf „Ickern“ und „Victor“?

In der KP-Pressen ist diese Frage diskutiert worden. Man ist hier zu dem Ergebnis gelangt, daß die Einheitsfront-Taktik es war, die der RGO diese Erfolge brachte.

Wie sah diese Einheitsfrontarbeit aus?

Zunächst die Erfahrungen der Schachtanlage „Ickern 1/2“. Die RGO hat hier Stubenversammlungen organisiert, doch gelang es ihr nicht, christliche und SPD-Kollegen in die Versammlungen zu bringen und fruchtbare Diskussionen in Gang zu setzen. „Wir sind meistens unter uns“, sagte mir der RGO-Betriebsratsobmann. Das kommunistische „Ruhr-Echo“ schrieb damals:

„Wir müssen alle an einem Strick ziehen — dieser Wille beseele die Kumpeln von „Victor“ und „Ickern“, als sie sich einigten, auf der roten Einheitsliste Kameraden des EVBD, BAV und christliche und parteilose Kumpeln kandidieren zu lassen.“

(EVBD = Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands; BAV = Bergbauindustriearbeiter-Vereinigung)

„Ach, das geht doch gar nicht!“ sagte mir der RGO-Kumpel, den ich danach fragte — „wenn sie im andern Verband sind, kandidieren sie doch nicht auf der roten Liste!“

Das „Ruhr-Echo“ spricht von Besuchen bei christlichen Kameraden, von der Sammlung der Adressen sozialdemokratischer Arbeiter, „um sie von der Notwendigkeit eines geschlossenen revolutionären Vorstoßes im Betriebe auf der Grundlage der revolutionären Einheitsfront zu überzeugen.“

Dieser Vorschlag des „Ruhr-Echo“ wurde auf „Ickern“ jedoch nicht durchgeführt. „Ja, ich habe vor, auch mal eine Hausagitation zu organisieren, um für den EVBD zu werben“, sagte der RGO-Funktionär. Er hat es vor, doch die Erfolge der RGO bei der Betriebsratswahl auf „Ickern“ sind nicht, wie das „Ruhr-Echo“ behauptet, auf eine solche Arbeit zurückzuführen.

Doch wie kommt es, daß die RGO gewann und daß der BAV, die freie Gewerkschaft, eine große Anzahl von Stimmen verlor?

Ich sprach mit mehreren aktiven Funktionären des BAV, die schon jahrzehntlang eifrig für den Verband tätig sind.

Notverordnung zum Schutz gegen Papen & Co.

Die Regierung PAPAN ist, wie wir an anderer Stelle berichten, sehr eifrig bemüht, die Schwierigkeiten der Finanzlage des preußischen Staates auszunutzen, um den Staatsapparat Preußens in die Hand zu bekommen. Die PAPANs & Co., d. h. hier: die Gruppe der Großbankrotteure aller Stände und des überflüssigsten Berufs: der Generale, möchte gern die preußische Verwaltung in die Hand bekommen, um das alte Herrenleben wieder, aufnehmen zu können.

Von besonderem Reiz ist das Bemühen der Reichsregierung gerade um die preußischen Finanzen, obwohl sie bisher über die Sanierung der Finanzen des Deutschen Reiches noch kein Wort verloren hat.

Wir begrüßen den Entschluß der preußischen Regierung, durch den Erlaß einer Notverordnung den Vorwand beseitigt zu haben, den die deutsche Regierung sucht, um GREGOR STRASSER oder einen andern aus der nationalsozialistischen Kriegshetzergesellschaft zum preußischen Ministerpräsidenten zu machen. Die einzelnen Maßnahmen der Notverordnung sind selbstverständlich alle der Kritik fähig und auch der Änderung auf eine größere Gerechtigkeit hin bedürftig. Darauf kommt es aber hier im einzelnen nicht an. Es ist wichtig, der deutschen Regierung die Verfügung über die preußische Polizei wenigstens bis zum Wahltag für den deutschen Reichstag zu entziehen.

Preußen wird durch eine Notverordnung, über die der Finanzminister KLEPPER das Wichtigste bereits mitgeteilt hat, seinen Haushalt für 1932/33 ausgleichen, — auch ohne die 100 Millionen Mark, die aus der Reichskasse offenbar erwartet wurden als Gegenleistung für das Aufgeben des preußischen Einflusses bei den Siedlungsgesellschaften und -banken. Diese ganze Angelegenheit ist reichlich dunkel. Es bleiben zum Beispiel die folgenden Fragen offen: Hätte die Regierung BRÜNING-DIETRICH jene 100 Millionen Mark sofort ausgezahlt? Hätte sie das gewollt? Hätte sie das gekonnt? Gibt Preußen seinen Einfluß auf die landwirtschaftliche Siedlung sofort auf, obwohl es den Gegenwert angeblich nach einer bereits unter BRÜNING getroffenen Vereinbarung im Laufe von fünf Jahren erhalten soll?

Durch vier Maßnahmen soll der Haushalt ausgeglichen werden:

1.) Die Beamten sollen auf fünf Jahre dem preußischen Staat ein unverzinsliches Darlehen geben; kinderlose und unverheiratete Beamte bekommen 5 Prozent, Beamte mit

Frau und Kind bekommen 2½ Prozent des Gehaltes nicht ausgezahlt. Juristisch gesehen stellen diese Beträge unverzinsliche Darlehen an den Staat dar; es handelt sich also um eine Art Zwangsanleihe. Jährliche Ersparnis: 26 Millionen Mark.

2.) Vom 1. Juli ab wird in Preußen eine Schlachtsteuer erhoben. Der Tarif ist niedriger als der sächsische. (Für die Schlachtung eines Schweines von 76 bis 125 Kilo werden 8 Mark Steuer erhoben.) Nach den bayerischen und sächsischen Erfahrungen hat die Schlachtsteuer, wie KLEPPER behauptet, keinen wesentlichen Einfluß auf die von den Verbrauchern gezahlten Preise. Sie belastet also die Bauern und Händler. — Erhoffte Einnahme: Jährlich 80 bis 100 Millionen Mark; in der Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. März 1933: mehr als 60 Millionen Mark.

3.) Bei Veranschlagung der Einnahmen aus der Hauszinssteuer mit 540 Millionen Mark hat die preußische Regierung bereits die Niederschlagung von Hauszinssteuer wegen Arbeitslosigkeit von Mietern mit 160 Millionen Mark in Abrechnung gebracht. Die Verschärfung der Krise läßt eine höhere Niederschlagung erwarten. Nach bewährtem Rezept wird es den Gemeinden überlassen, mit den Wirkungen der Krisenverschärfung fertig zu werden. Der preußische Staat erklärt: Die Fürsorgeverbände (Gemeinden und Kreise) erhalten 160 Millionen Mark zur Niederschlagung von Hauszinssteuer-Forderungen. — Der Staat sichert sich dadurch die Einnahme von vollen 540 Millionen Mark. — Ergebnis voraussichtlich: Nur noch Einkommen unter 800 Mark jährlich (statt wie bisher: unter 1200 Mark) bleiben hauszinssteuerfrei.

4.) Ein dann noch verbleibender Fehlbetrag von 24 Millionen Mark soll durch neue Abtriche an den Staatsausgaben gedeckt werden; welche Ausgaben vermindert werden sollen, ist noch nicht bekannt.

Bei der Beurteilung dieser Maßnahmen muß man natürlich in Betracht ziehen, daß die Länder bei der Festsetzung von Steuern nur eine sehr begrenzte Bewegungsfreiheit haben. Aber auch innerhalb dieses Spielraumes hätte eine weit gerechtere Regelung erfolgen können: Zum Beispiel durch eine Staffelung des Prozentsatzes der einbehaltenen Gehaltsteile nach der Höhe des Einkommens, durch eine Heranziehung auch der hohen Pensionen zur Zwangsanteile, durch Abtriche an den Ausgaben für die Kirche (veranschlagt für 1932/33: 71,2 Millionen Mark gegenüber 78,1 Millionen Mark Ausgaben im Jahr 1930/31).

Was sagen diese Genossen zu der Niederlage des freien Verbandes auf „Ickern“? Worin sehen sie den Grund? Welche Lehre ziehen sie?

Sie sind entmutigt. Sie haben das Gefühl: wir haben hier verspielt. Sie sehen den Grund für ihre Niederlage in der Politik des Zurückweichens: „Der Verband durfte die Lohnabbauwellen nicht kampfflos hinnehmen, er durfte nicht um der SP-Politik willen auf jeden Kampf verzichten. Um der ruhigen Posten und der dicken Gehälter willen verzichten sie auf Kampf und schlucken einen Lohnabbau nach dem anderen.“ — „Bringt ihr das in euren Zahlstellenversammlungen zum Ausdruck?“ frage ich; „faßt ihr entsprechende Beschlüsse und gebt sie weiter?“ — „Was kümmern die Herren da oben sich um die Beschlüsse einer Zahlstelle. Die machen ja doch, was sie wollen.“ So lautet die müde Antwort. So ist die Stimmung der BAV-Funktionäre. Sie sind erbittert über den Verband. Als ehrliche Freigewerkschafter können sie die feige Politik des Verbandes nicht mit ruhigem Gewissen vertreten. Ein Kampf gegen den bürokratischen Apparat scheint ihnen aussichtslos. Woher soll da Aktivität und Werkkraft kommen?

Meine Erkundungen haben mir gezeigt, daß es viel weniger die Rührigkeit der RGO-Anhänger, als vielmehr die Mutlosigkeit der freigewerkschaftlichen Kollegen ist, die der RGO Erfolge bringt. Die RGO profitiert von den Fehlern des freien Verbandes und von der Mutlosigkeit der BAV-Kollegen.

Dürfen die BAV-Kollegen verzweifelt resignieren? Können sie es verantworten, darauf zu warten, daß die RGO sich abwirtschaftet? Oder darauf, daß die voranschreitende Reaktion den Gewerkschaftsführern einen Kampf aufzwingen wird?

Genossen! Die Gefahr des Faschismus gestattet uns keine solche Politik des Abwartens. Eine solche Politik bedeutet den sicheren Untergang der Arbeiterbewegung.

Welch ein Ausdruck der Schwäche ist es, wenn ein geschultes und organisiertes Heer von Freigewerkschaftern verzweifelt kapituliert vor der Diktatur des Apparates! Mehr Kühnheit und Selbstvertrauen, Genossen!

Die Zahlstellen, all die rührigen kleinen Funktionäre, sie bilden das Rückgrat des Verbandes!

Daran müssen wir denken, wenn wir sehen, daß „die von oben“ sich nicht scheeren um die ihnen unangenehmen Beschlüsse einer Zahlstellenversammlung. Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Der Apparat kann nur gegen die Interessen der organisierten Kollegen arbeiten, so lange es ihm gelingt, uns einzuschüchtern und uns totzuschweigen. Wir dürfen es nicht dulden, daß die Millionen-Bewegung der freien Gewerkschaften kraft- und kampfflos wird durch die Diktatur des Apparates.

Die Erkundigungen bei Kollegen der Schachtanlage „Victor 3/4“ ergeben ein ähnliches Bild, wie die von „Ickern 1/2“.

Der Spitzenkandidat der RGO-Liste führt den Erfolg der RGO auf die Arbeit der Vertrauensmänner der RGO in den einzelnen Revieren, in der Hauptsache auf die Revierversammlungen zurück. „Es ist auch weitgehend eine Personenfrage“, meinte er. Diese Behauptung scheint in der Tat zutreffend zu sein. Auch ein Kollege des freigewerkschaftlichen BAV war der Ansicht, daß gerade in der schlechten Personalauswahl für die freigewerkschaftliche Liste der Mißerfolg des BAV zu suchen sei. „Du weißt ja, wie leicht man die Kollegen in der Versammlung der Zahlstelle beschwätzt“, sagte er, „und dann haben die alten Kollegen, die nicht mehr im Betrieb sind, wieder den alten Kollegen aufgestellt, und man hat nicht auf uns gehört, die wir die Stimmung im Betrieb kennen.“

Der Erfolg der RGO wurde erleichtert durch die völlige Passivität des BAV.

Es fand keine freigewerkschaftliche Bergarbeiterversammlung statt; selbst jetzt, einen Monat nach der Wahl, hat man im BAV noch nicht zu den Wahlen Stellung genommen. Man hat den Eindruck, daß hier alles schläft. Die wenigen aktiven Kollegen im freien Verband glauben, sich nicht durchsetzen zu können; sie versuchen es erst gar nicht, weil „es ja doch keinen Zweck hat“.

Wer lebt von der Gewerkschaftsspaltung?

Die ungeheuerlichen Folgen der Passivität der Gewerkschaften werden noch vergrößert durch das Mittel, das angeblich gerade zur Heilung jenes Übels ersonnen worden ist: durch die Abspaltung eines Teils der aktiven, revolutionär gestimmten Elemente in besonderen Verbänden. Wer erntet die Früchte dieser Spaltung? Es sind, wenn wir die Erfahrungen auf der Schachtanlage „Victor 3/4“ zu Grunde legen,

die Nazis,

die sich diesmal zum ersten Mal an der Betriebsratswahl beteiligten und 175 Stimmen auf ihre Liste vereinigten, während die RGO und der BAV zusammen prozentual weniger Stimmen erzielten als im Vorjahr. Hier ist es also offensichtlich,

wer der lachende Dritte ist.

Auch der „Stahlhelm“-Mann auf der RGO-Liste (!) hat nicht vermocht, den Nazis das Wasser abzugraben. (Natürlich nicht;

denn wer schon „national“ ist, sagt sich: dann lieber gleich ordentlich!) Diese Erfahrung zeigt die Wichtigkeit unserer Forderung, die gewerkschaftliche Einheit wiederherzustellen und zu diesem Zweck die RGO-Politik zu liquidieren.

Die gewerkschaftlichen Tagesaufgaben, mit denen sich die RGO beschäftigt — bei den Bergarbeitern z. B. der Kleinkrieg gegen die erbärmlichen Gedingesätze, das schlechte Holz, die nassen Strecken, die Schlagwettergefahren — diese Aufgaben können — und sollen natürlich auch — innerhalb der freien Gewerkschaft gelöst werden — trotz Passivität der Führung. Die Gründung und das Weiterbestehen der RGO und der roten Verbände ist nicht einmal zu diesem Zweck gerechtfertigt.

Soweit sich aber die RGO mit parteipolitischen Fragen beschäftigt, der Tolerierungspolitik der SPD zum Beispiel, gehört ihre Tätigkeit nicht in eine Gewerkschaft. Diese Auseinandersetzung ist Sache der politischen Parteien.

Die RGO-Politik läßt sich also auch nicht mit dem Hinweis auf die verräterische Politik der SPD rechtfertigen.

Weder die RGO noch die BAV-Kumpels wollen einen Sieg des offenen Faschismus; alle wollen die Einheitsfront. Indem die RGO-Politik liquidiert wird und die RGO-Kollegen innerhalb der freien Gewerkschaft dem noch aktiven Teil der Kollegenschaft der freien Gewerkschaft das Rückgrat steift, schaffen wir die langsehnte Einheitsfront. Daß eine Stützung der Kollegen in den freien Gewerkschaften, die noch nicht dem Reformismus und dem Fatalismus verfallen sind, notwendig ist, zeigen wieder die Erfahrungen auf den beiden Schachtanlagen im Ruhrgebiet.

Kann die Einheitsfront bis zu den christlichen Gewerkschaften ausgedehnt werden?

Ein gewerkschaftlicher Aufruf anläßlich der Regierungserklärung der PAPEN-Regierung enthält folgende Sätze:

„Es ist der Weg zur Wiederentrichtung der deutschen Arbeiterschaft. Der Sturz der Völkerverregung BRÜNING und der vorbereitete Aufmarsch des Klassenkabinetts SCHLEICHER-PAPEN ist der Versuch der Beseitigung aller Ansätze zum sozialen Volkstakt. . . . Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur als eine „nationale“ Klassenkonzentration angesehen werden. An „nationaler“ Klassenherrschaft ist das alte Deutschland zusammengebrochen. Das neue Deutschland wird durch sie nicht gerettet werden. Die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung SCHLEICHER-PAPEN tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage. . . . Damit steht die Arbeiterschaft vor neuem Kampf. Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nationalen Konzentration und der Rettung christlicher Kultur soll die Arbeiterfeindlichkeit verhüllen.“

Diese Sätze stammen keineswegs von einer „marxistischen“ Gewerkschaft, sondern vom Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Es ist bedeutsam, daß in einem Aufruf der christlichen Gewerkschaften an drei verschiedenen Stellen eine Regierung als ein Klasseninstrument gekennzeichnet wird.

Wir schrieben vorgestern im „Funk“ zur Frage der Einheitsfront bei den kommenden Wahlen: „Ja es bliebe sogar, wenn man den allergrößten Elan aus der Arbeiterschaft herausholen will, das wahrhaft revolutionäre Mittel der Aufstellung gemeinsamer Listen aller Arbeitergruppen, sagen wir: von der Kommunistischen Partei bis vielleicht zu den christlichen Gewerkschaften.“

Daß ein solcher Vorschlag, was die christlichen Gewerkschaften angeht, nicht utopisch ist, zeigen Töne, wie die oben

zitierten. Jedenfalls ist es nicht weniger utopisch, von den christlichen Gewerkschaften die Einsicht in das zu erwarten, was die Stunde geschlagen hat, als die entsprechende Erwartung in bezug auf die Kommunisten und Sozialdemokraten angesichts ihres bisherigen Verhaltens leider immer noch ist.

Freilich sagt der zitierte Aufruf an die christliche Arbeiterschaft zum Schluß:

„Die christliche Arbeiterschaft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften verkündet wurde.“

Abgesehen davon, daß die „Eiserne Front“ und ähnliche Organisationen schon Schlimmeres als dies in ihren Aufrufen gesagt haben — wir haben bei dem Vorschlag, unter Umständen sogar die christlichen Gewerkschaften in die parlamentarische Einheitsfront gegen die PAPEN-Regierung mit einzubeziehen, bei diesen Organisationen kein Klassenbewußtsein vorausgesetzt. Was wir bei unserem Vorschlag bei christlichen Gewerkschaften voraussetzen, ist lediglich die Möglichkeit, einzusehen, was auch ihnen droht.

Der „Deutsche“ selber, das christlich-gewerkschaftliche Organ, stellt zum Teil fest, was droht. Er teilt nämlich folgende Sätze mit, die Herr von PAPEN vor kurzem in einer westfälischen Versammlung gesagt hat: „Und so fordern wir Abkehr vom Kollektivismus, Aufhebung der Tarifverträge, ein neues Versicherungs- und Knappschaftswesen, gestellt auf das individuelle Benehmen des Unternehmers.“

Der Parteivorstand des Zentrums hat am Mittwoch getagt. BRÜNING hat dabei über die Ereignisse der letzten Zeit berichtet.

Giacomo Matteotti.

Ermordet am 10. Juni 1924.

I.

Ik. Es gibt kaum ein Licht, das die Ereignisse, die wir heute in Deutschland erleben, in ihrer unheimlichen und drohenden Gestalt so deutlich hervortreten läßt, wie die Erfahrung von Italiens „Todeskampf der Freiheit“. Mit der Ermordung MATTEOTTI durch die Knechte MUSSOLINI erreichte dieser Kampf seinen Höhepunkt.

Möglichst viele Genossen sollten heute in Deutschland von diesen Ereignissen erfahren, sollten lesen, wie es damals in Italien zugegangen ist. Es ist ein fruchtbares Stück politischer Arbeit, sich heute die Kenntnis vom Untergang der italienischen Arbeiterbewegung zu verschaffen. Fruchtbar freilich nur dann, wenn aus solchem Studium der Entschluß erwächst, gegen alle Widerstände der Mutlosigkeit, des Fatalismus, der Verrantheit zu arbeiten — mögen wir diese Widerstände unter den Führern oder unter den Soldaten der Arbeiterorganisationen antreffen; zu arbeiten an dem Aufbau der Einheitsfront als dem einzigen Mittel, von dem wir noch Rettung aus der Gefahr erwarten können.

Wir haben alle nicht viel Zeit zum Studieren, aber wir brauchen auch nicht viel Zeit dazu. PIETRO NENNI hat den italienischen „Todeskampf der Freiheit“ in einem kleinen Buch geschildert, das kein zeitraubendes Studium verlangt (erschienen im Dietz-Verlag für 2,40 Mark). Man liest das Buch in gespannter Aufmerksamkeit in wenigen Stunden durch. Und was man darin liest, spricht beim Vergleich mit dem, was wir in Deutschland heute erleben, eine unzweideutige Sprache.

Die Ähnlichkeit mit den Ereignissen in Deutschland geht so weit, daß man in dem deutschen Drama sogar die Personen des italienischen wiederfindet — nur die Namen sind andere. Auch in den folgenden Abschnitten wird der Leser leicht die deutschen Namen für die italienischen einsetzen können.

Bei jedem von uns steht es, daran zu arbeiten, daß nicht auch noch der Schlußakt der italienischen Tragödie ins Deutsche übertragen wird. Zu dieser Arbeit aufzufordern, das ist der einzige Zweck, den wir mit dem folgenden Abdruck einiger Abschnitte aus NENNIs Buch verbinden. Aus den geschilderten Ereignissen zu lernen und dann daran zu gehen, diese Lehre anzuwenden, ohne Zeitverlust heranzugehen an die Arbeit für die Einheitsfront — das halten wir für die einzig würdige Form, des Todes des italienischen Genossen zu gedenken.

NENNI schreibt:

Die neue Kammer (gewählt unter dem Terror der „Schwarzhemden“, Red.) tagte seit dem 24. Mai. Man hatte schon

bei der Präsidentschaft einen Antrag eingebracht, die Mehrheitsliste im Block zu konvalidieren.

Aus den dreißig Faschisten der vorigen Legislaturperiode waren diesmal dreihundertfünfzig geworden. Montecitorio (das Parlament, Red.) ähnelte mehr einem Biwak als einer gesetzgeberischen Versammlung. Durch Gewalt und Betrug zum Mandat gelangt, kümmerten sich die Faschisten nicht im mindesten um die parlamentarischen Formen.

Sie erschienen in der Kammer in schwarzem Hemd und die Brust mit Orden beladen. Ihre Aufgabe bestand darin, dem „Duce“ zuzujubeln und Lärm zu machen, sobald ein Mitglied der Opposition das Wort nahm. . . .

Auf seinem Platz stehend, ein paar Blätter mit Notizen in der Hand, ließ MATTEOTTI, in völliger Ruhe und Selbstsicherheit, die erste Schimpfwelle vorübergehen. . . .

Ohne irgendeine Einleitung ging er sofort auf den Kern der Sache.

MATTEOTTI: „Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Wahlen der Mehrheit im Block für gültig zu erklären. Wir treten diesem Vorschlag entgegen.“

Eine Stimme: „Das ist eine Provokation!“

MATTEOTTI: „. . . denn wenn die Regierungsmajorität auch nominell vier Millionen Stimmen erhalten hat, so wissen wir, daß dieses Resultat durch ungeheuerliche Gewalt erzielt wurde.“

Mehr bedurfte es nicht, um die Rechte völlig außer sich zu bringen. Die Faschisten streckten dem Redner ihre Fäuste entgegen. Aus dem Halbkreis zwischen den Bänken versuchte man sich auf den Wortführer der Sozialisten zu stürzen.

MUSSOLINI saß am Ministertisch mit düsterer Miene, ohne eine Geste, ohne ein Wort der wüsten Szene zuschauend.

MATTEOTTI: „Nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers des Faschismus hat die Regierung das Ergebnis der Wahlen von vornherein nicht als für ihr Schicksal entscheidend angesehen. Sie wäre geblieben, auch wenn sie als Minderheit aus den Urnen hervorgegangen wäre.“

FARINACCI: „Ihr konntet ja die Revolution machen!“

STARACE: „Jawohl, wir haben die Regierung, und wir behalten sie!“

Jetzt brüllt die ganze Rechte gleichzeitig. Eine Stimme klafft: „Wir werden euch durch Schüsse in den Rücken lehren, uns Respekt zu zeigen.“

„Feige Bande“, murmelt einer. . . .

Völlig Herr seiner selbst, läßt MATTEOTTI die Leute sich austoben, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, den Zwischenrufern zu antworten.

MATTEOTTI: „Um diese Absicht der Regierung zu stützen, gibt es eine bewaffnete Miliz.“

Stimmen von rechts: „Hoch die Miliz!“

MATTEOTTI: „. . . die weder im Dienste des Staates, noch in dem des Landes, sondern im Dienste einer Partei.“

TERRAZZI: „Nun, genug!“

Die Rechte klappert mit den Deckeln ihrer Schließfächer. Während mehrerer Minuten gelingt es dem Redner nicht, sich Gehör zu verschaffen.

MATTEOTTI: „Ich werde die Tribüne nicht verlassen, ehe ich nicht alles gesagt habe, was ich sagen will.“

Stimmen von rechts: „Nein, nein, es ist genug!“

SUARDO: „Wir gehen weg. Wir lassen uns nicht beleidigen!“

Der Tumult hat seinen Höhepunkt erreicht. Mit gekreuzten Armen wartet MATTEOTTI ruhig und entschlossen, bis er weitersprechen kann.

MATTEOTTI: „In Mexiko vielleicht, wo man die Wahlen mit Bomben macht.“

Der Spektakel fängt von vorne an.

MATTEOTTI: „Ich bitte Mexiko um Entschuldigung wegen des beschimpfenden Vergleichs.“

„Genug! Genug!“ wird von der Rechten gebrüllt. „Werft ihn von der Tribüne!“

Jetzt zählt der Redner die Verbrechen auf: die Unmöglichkeit der Wähler der Opposition, die Unterschriften für die Proklamierung der Kandidaturen zu sammeln; die Unmöglichkeit der Kandidaten, zur Wählerschaft Führung zu nehmen; Gewalttaten gegen die Presse.

Zwischenruf: „Angst haben Sie!“

Anderer Zwischenruf: „Fragen Sie TURATI, ob er nicht hat reden können.“

TURATI: „Ja, zu meiner großen Schande habe ich Ihren Schutz ertragen müssen, um sprechen zu können.“

Von der Linken wird applaudiert; auf der Rechten wird der Spektakel höllenhäßig. Der Präsident benutzt die Gelegenheit, um einem anderen Redner das Wort zu erteilen.

MATTEOTTI: „Das ist ein Skandal. Ich verlange, daß man mein Recht, zu sprechen, schützt.“

Stimme von rechts: „Schweigen Sie! Wir werden Ihnen die Tugend des Schweigens beibringen.“

MATTEOTTI: „Einer der Kandidaten, PICCINI, hat es erfahren, was es in diesem Wahlkampf bedeutete, seiner Partei zu gehorchen. Man hat ihn ermordet, weil er die Kandidatur angenommen hatte. Ich entbiete seinem Andenken den Gruß.“

Eine Stimme: „Sie hätten dieselbe Strafe verdient!“

Eine andere Stimme: „Sie gehören ins Zwangsdomizil, nicht ins Parlament!“

Vom Regierungstisch sagt MUSSOLINI nicht das leiseste Wort, um dem Recht des Redners Achtung zu verschaffen. Er legt seinen Kopf auf die auf dem Tisch gekreuzten Arme und bleibt unbeweglich, undurchdringlich.

Jetzt greift der sozialistische Redner weiter aus. Er ruft das Gefühl der Gerechtigkeit an, über alle Parteimotivierungen hinaus.

Die Umgangsmethoden bei Papens.

Die taktlose Form, in der Herr VON PAPAN die preussische Regierung behandelt hat, wird dargestellt in einer Erklärung, die die Reichsregierung selber verbreiten läßt. In dieser Erklärung wird nümlich ausdrücklich hervorgehoben, „daß der Reichskanzler in den letzten Tagen Führer der Parteien im preussischen Landtag empfangen habe, um mit ihnen über die Bildung der Regierung in Preußen zu verhandeln. Er (Herr VON PAPAN) habe am Montag einen Vertreter der Deutschnationalen, am Dienstag einen Vertreter der Nationalsozialisten und werde heute (am Mittwoch) einen oder zwei Vertreter des Zentrums empfangen.“

Die adligen Herren wahren also nicht einmal die einfachsten Regeln der Höflichkeit gegenüber den Mitgliedern der preussischen Regierung; sie betrachten diese vielmehr als nicht existierend.

Dieselbe Unhöflichkeit kam bereits darin zum Ausdruck, daß PAPAN wegen der Beschleunigung der Wahl eines neuen preussischen Ministerpräsidenten an den nationalsozialistischen KERRL schrieb, statt an den preussischen Ministerpräsidenten. Wegen dieses Aktes der Nichtachtung hat der stellvertretende preussische Ministerpräsident HIRTSEFFER bei der Besprechung mit Reichsregierungsvertretern am Dienstag Verwahrung eingelegt. Die preussische amtliche Erklärung meldet dazu: „Der Kanzler habe daraufhin bestätigt, daß in Zukunft das übliche Verfahren eingeschlagen werde, daß also von Regierung zu Regierung verhandelt werde.“

Im Gegensatz zu dieser Darstellung betont die amtliche Darstellung der Reichsregierung: „Der Reichskanzler hat die Beanstandungen des stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten lediglich zur Kenntnis genommen.“

Damit betonen PAPAN, daß sie sich nicht bemüht haben, eine Grobheit wieder gut zu machen, was sich mit dem preussischen „Immer feste druff“ auch nicht vertragen würde.

Wann wird die deutsche Arbeiterschaft einmal PAPAN nach deren Rezept behandeln? Das muß sie bald, sonst werden diese Herren immer munterer!

Unterschlagung von Kirchengeldern

Der Gemeindegemeinderat PAULUSSEN von der evangelischen Kirchengemeinde Gladbach/Rheydt begangen haben. In der von ihm verwalteten Kasse fehlen 55 000 M. PAULUSSEN wurde verhaftet.

Betrug mit Kirchengeldern

wird dem Kirchmeister HEINEN in Gladbach/Rheydt zur Last gelegt. Er hat einen Sonderfonds von 40 000 M angelegt, den er dem Kohlenzer Konsistorium verheimlichte, um diese Gelder „den zu starken Zugriffen“ der Kirchenbehörde zu entziehen.

Ein Hort der Reaktion.

Der 264. Stimmbezirk Düsseldorfs umfaßt nur die Kaiserwerter Diakonissenanstalt, Mutterhaus der Diakonissen, eine der bekanntesten Funktionärsehulen der evangelischen Landeskirche in Deutschland. Bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 wurden hier an Stimmen abgegeben:

für HINDENBURG	163 Stimmen	(22,2 %)
für HITLER	566	(77,35 %)
für THÄLMANN	7	(0,55 %)

Verschwendung von Staatsgeldern für haltlose politische Anklagen.

Rgb. Am 13. Dezember 1931 hatte die Kommunistische Partei Essen ihre Mitglieder und die ihrer Unterorganisationen zu einer kombinierten Mitgliederversammlung einberufen. Der anwesende Polizeibeamte alarmierte das Ueberfall-Kommando. Sämtliche Versammlungsteilnehmer mußten zur Wache und erhielten Strafbefehle. Alle legten Einspruch ein. Da die Angeklagten beweisen konnten, daß sie alle Mitglieder der KPD oder ihrer Unterorganisationen waren; und daß auch nur Mitgliedern der Einlaß gewährt worden war, erfolgte Freispruch für alle 49 Angeklagten.

Wer bezahlt solche kostspieligen Verhandlungen? Die Arbeiter — auch wenn sie „auf Kosten der Staatskasse“ freigesprochen werden.

Korruption in der NSDAP in Kassel?

W. S. Seit Wochen geht durch das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ ein Raunen über Korruption in der NSDAP in Kassel. Man bringt allerdings nur Andeutungen; deutliche Anklagen fehlen. Offenbar weiß man nichts Genaues oder traut seinen Gewährsmännern nicht recht.

Der Affenmensch und die Gewissenhaftigkeit.

Vor einiger Zeit („Der Funke“ Nr. 21) berichteten wir über die Entdeckung von Resten ausgestorbener Urmenschen (Peking-Mensch) in China. Solche Funde sind natürlich sehr wertvoll, weil sie uns Fingerzeige geben können, welcher Art die affenähnlichen Wesen waren, von denen der Mensch abstammt. Denn daß der Mensch nicht so wie er ist, fertig geschaffen wurde, sondern sich im Laufe vieler Millionen Jahre aus niederen Formen entwickelt hat, daran zweifelt heute kein ernsthafter Naturforscher mehr.

Der katholischen Kirche dagegen ist es sehr peinlich, wenn ihre Dogmen mit der Naturwissenschaft in Widerspruch geraten. Es ist gewiß richtig, daß man in der Auswertung von Funden vorsichtig sein muß und nicht gleich zu voreiligen Schlüssen ziehen darf. Man darf nicht von jedem primitiven Menschen gleich behaupten, hier sei schon der Affenmensch, das Mittelglied zwischen Affe und Mensch, gefunden. Andererseits ist es das Recht des Naturforschers, auch Vermutungen zu äußern, damit eine Diskussion und eine sorgfältige Untersuchung in Gang kommt. Darum geht die katholische „Rhein-Mainische Volkszeitung“ fehl, wenn sie in ihrer Nr. 48 Prof. ABEL, der die chinesischen Funde in durchaus wissenschaftlicher Weise auszuwerten versucht hat, den Vorwurf mache, man solle nicht „auf so minderwertige Fundamente so schwerwiegende Behauptungen“ gründen. „Dies müßte die Gewissenhaftigkeit eigentlich verbieten.“ Die „RMV“ schließt sich dem Urteil des Theologieprofessors SCHOEPFER an: „Der Mensch hat auch dem bloßen Leibe nach nicht im Tierreich seinen Ursprung. Nur die schwerwiegendsten Beweise für das Gegenteil . . . können das Aufgeben dieser Annahme rechtfertigen.“

Die Gewissenhaftigkeit erfordert also, daß man die Abstammung des Menschen aus dem Tierreich erst dann behauptet, wenn schwerwiegende Beweise vorliegen, die gleiche Gewissenhaftigkeit erlaubt es aber, vor dem Vorliegen irgend welcher Beweise das Gegenteil zu behaupten, nämlich, daß der Mensch nicht aus dem Tierreich abstammt. Und zwar darf man dieses Gegenteil auch dann noch behaupten, wenn nichts dafür, aber schwerwiegende Beweise dagegen sprechen. Erst bei dem Vorliegen schwerwiegender Beweise „könnte“ man die unbegründete Auffassung preisgeben.

Hätte die Kirche es mit der Gewissenhaftigkeit ernst gemeint, dann hätte sie vor dem Vorliegen von Beweisen gar nichts behauptet, sie hätte es also wie die gewissenlosen Naturforscher gemacht, die mit Vermutungen erst begannen, als Tatsachen vorlagen. Aber als noch gar keine Tatsachen bekannt waren, begann die Kirche nicht einmal erst mit Vermutungen, sondern gleich mit festen Behauptungen.

Der alte Jesuitenpater WASMANN war doch etwas schlauer, er erklärte einfach (1907), die Hauptfrage sei, „woher kommt der höhere Teil des Menschen, nicht: woher kommt sein niederer Teil. Daher glaube ich, mit Recht sagen zu können: Die erste Rolle . . . in der Beantwortung der Frage nach der

Herkunft des Menschen hat die Psychologie und nicht die Zoologie. . . . Es bleibt also höchstens die Möglichkeit offen, daß der Leib des Menschen sich aus einem Tiere entwickelt hat. Der biblische Schöpfungsbericht sagt, Gott habe den Leib des Menschen aus Erde gebildet und dann die Seele ihm ins Angesicht gehaucht. Das „Einhauchen ist der biblische Ausdruck für die Erschaffung der Seele. Unter ‚Erde‘ wird meistens anorganische tote Materie verstanden; es wäre aber auch möglich, daß diese Materie schon organisiert war, also ein Lebewesen darstellte.“

WASMANN ist also ein guter Schüler der jesuitischen Lehre „Wir müssen . . . immer festhalten, was unseren Augen weiß erscheint, sei schwarz, sobald die hierarchische Kirche dies so entscheidet.“ Und wenn uns also WASMANN sagt, daß die Bibel vielleicht Affen gemeint habe, wo sie behauptet daß der Mensch aus Erde gemacht wurde, da müssen wir ihm eben glauben, daß es in biblischer Sprache nicht Affen, sondern Erdenkloben sind, die schreiend von Ast zu Ast hüpfen.

Ein jüngerer Freund WASMANNs, der Jesuitenpater MUCKERMANN, hat sich die Sache etwas bequemer gemacht. Er gibt zu: „Die Lösung der Frage nach der Einbeziehung des menschlichen Körpers in den Strom der Entwicklung hat dadurch eine gewisse Förderung erfahren, daß bestimmte Funde und vergleichende Untersuchungen die Wahrscheinlichkeit der Abstammung beständig erhöhen.“ („Bayrischer Kurier“, Nr. 110.) Die jesuitische Klugheit MUCKERMANNs zeigt sich darin, daß er den Eingriff Gottes in das Naturgeschehen zeitlich etwas weiter zurückverlegt. So entzieht er seine Behauptung der Möglichkeit, durch die Naturforschung nachgeprüft werden zu können. Denn immer, wenn die Naturforschung die natürlichen Ursachen eines schon sehr weit zurückliegenden Geschehens aufdecken wird, kann MUCKERMANN sagen: Hier hat Gott nicht eingegriffen, aber etwas früher hat er um so mehr geschaffen. MUCKERMANN setzt seiner jesuitischen Kunst die Krone auf, indem er der Ansicht zustimmt, „man solle in den Fenstergemälden der Westminsterabtei Symbole verkörpern, die das Benedicite zum Andenken an DARWINs Werk darstellen.“

Ist nun aber MUCKERMANNs Verfahren gewissenhafter als das der „RMV“? Hat er „schwerwiegende Beweise“ für seine Behauptung? Die hat er nicht, sondern er wird uns wie alle Katholiken sagen, hier beginne eben das Gebiet des Glaubens. Aber hier liegt gerade der schwerwiegende Vorwurf, den wir machen. Ueber das Naturgeschehen dürfen nur auf Grund der Naturforschung Aussagen gemacht werden. Ein religiöser Glaube, der etwas über die Tatsachen und Gesetze der Natur aussagt, ist ein Aberglaube. Wer diesen Aberglauben unterstützt, trägt die Hauptschuld daran, daß die Menschen, die den Aberglauben bekämpfen wollen, den Katholiken schließlich glauben, daß eine Religion nichts anderes sein kann, als ein System unbegründeter oder falscher Behauptungen über die Natur. — Bg.

Nun soll endlich Licht in das Dunkel gebracht werden. Sozialdemokratische Arbeiter verteilen Flugblätter, in denen zu einer Aufklärungsversammlung über die Korruption in der NSDAP eingeladen wird. Als Redner wird der ehemalige Scharführer der NS, SEEGMÜLLER, angekündigt. Kurz vor 20 Uhr betrete ich den Saal. Reichsbannerleute sitzen an der Kasse.

Bald darauf erscheint der Referent, begleitet von einigen NS. Die anwesenden NS rufen: Heil Hitler! SEEGMÜLLER setzt sich mit seinen Begleitern an den Vorstandstisch. Die Versammlung beginnt. SEEGMÜLLER steht auf und sagt: „Volksgenossen! Diese Versammlung kann nicht stattfinden. Die Begründung dafür wird ein anderer Kamerad aus der NSDAP geben.“ Der andere Kamerad nimmt das Wort: „Heil Hitler! Wir haben noch einmal mit SEEGMÜLLER und Genossen Rücksprache genommen. Deswegen kann die heutige Versammlung nicht stattfinden. SEEGMÜLLER hat die Einberufung dieser Versammlung übereilt. Leider hat er sich von seiner Erregung hinreißen lassen. . . . Die Versammlung ist geschlossen! Heil Hitler!“

Anschließend wird vorn im Saal das HORST WESSEL-Lied gesungen. Hinten im Saal werden Rufe laut: Schwindler! Betrüger! Korruption! Wir wollen unser Geld wieder haben!

Die Polizei greift ein. Die NS werden entfernt. Dann soll den Anwesenden das Eintrittsgeld zurückgezahlt werden. Aber, o weh! Wo ist der Kassierer mit der Kasse geblieben? Er ist verschwunden. Zwei Ueberfallkommandos werden

eingesetzt, um ihn zu suchen. Eine Stunde vergeht. Dann wird mitgeteilt, daß der Kassierer nicht zu finden sei. Das Eintrittsgeld würde am Montag in einem Lokal zurückgezahlt werden.

Diese Versammlung hinterließ den bestimmten Eindruck, daß tatsächlich in der NSDAP in Kassel große Korruption herrscht, und daß SEEGMÜLLER von den NS wieder zurückgekauft worden ist.

Die SP als Einberufer der Versammlung spielte allerdings ebenfalls keine sehr ruhmreiche Rolle. Von so zweifelhaften Sensationen sollte sie lieber die Finger lassen.

Die KPD gegen die Provokateure.

Zu den Gerüchten über die Bemühungen von Spitzeln und Provokateuren, die KPD zu Unbesonnenheiten zu verleiten und so ein Verbot der KPD zu erleichtern, hat das Zentralkomitee sich erfreulich schnell geäußert:

„Das Zentralkomitee der KPD erklärt dazu, daß alle derartigen Gerüchte zu den üblichen Verleumdungen gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung gehören. Mit derartigen Schwindelnachrichten soll die Stimmung für Repressalien gegenüber der KPD vorbereitet werden. Die Kommunistische Partei hat es nicht nötig, irgendwelche geheimnisvollen „Aktionen“ zu organisieren. Sie setzt alle ihre Kräfte in voller Öffentlichkeit dafür ein, entsprechend dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 25. Mai und dem Wahlauftrag der Partei vom 5. Juni die Massen des Proletariats und der Werktätigen im Zeichen der antifaschistischen Aktion zur roten Einheitsfront zusammenzuschweißen. . . . Alle unsinnigen Gerüchte über Geschäftsplünderungen der KPD u. s. w. sind dazu bestimmt, im Interesse des Faschismus den antifaschistischen Kampf der KPD zu beeinträchtigen.“

Der Klassenkampf des vierten Strafsenats.

Zwei Jahre Festung wegen theoretischer Kurse.

Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats BAUMGARTEN, der bereits SCHERINGER verurteilt hat, hat der vierte Strafsenat des Reichsgerichts eine neue Leistung im Dienst seiner Klasse zustande gebracht: Der kommunistische Redakteur REMBTE wurde wegen „Vorbereitung zu Hochverrat“ zu zwei Jahren Festung verurteilt.

REMBTE hat bereits wegen des Hamburger Aufstandes von 1923 zweieinhalb Jahre Festung abgesessen, wurde später wegen einiger Zeitungsartikel verfolgt, flüchtete dann nach Moskau und kam von dort im Sommer 1931 nach Deutschland zurück, nachdem das gegen ihn schwebende Strafverfahren infolge einer Amnestie eingestellt worden war.

Die Gelegenheit seiner Anwesenheit in Deutschland wurde von der Polizei schnell benutzt, um ihn vorläufig unschädlich zu machen: so hat theoretische Kurse, die REMBTE für die Stuttgarter Bezirksleitung der KPD abhielt, zum Anlaß genommen, das Verfahren wegen Vorbereitung des Hochverrats gegen ihn einzuleiten. Es handelt sich um Kurse, wie sie haufenweise auch sonst vorkommen, um Themen wie „Imperialismus und Weltwirtschaftskrise“, „MARX und die neue Staatstheorie“, „Proletariat und Bauerntum“, „Fragen der Volksrevolution“ sowie „Sozialfaschismus und Faschismus“.

REMBTE äußerte vor Gericht: Wenn das, was er getan habe, Hochverrat sei, so sei die parlamentarische Tätigkeit der KPD im ganzen ebenfalls als Hochverrat zu werten, ja sogar schon die Wahlagitiation. Der Vorsitzende erwiderte ihm darauf, daß die Abgeordneten immun seien, daß aber manche Leute in Deutschland immerhin behaupten, die parlamentarische Tätigkeit der KPD sei Hochverrat.

„Manche Leute behaupten immerhin, daß . . .“ Nicht einmal ein klares Urteil wagt dieser Klassenrichter. — Wenn REMBTE verurteilt wird wegen der Veranstaltung von Kursen, deretwegen andere Kommunisten nicht verurteilt werden, so kann der Grund dafür nur in der revolutionären Tätigkeit liegen, die REMBTE in der Vergangenheit ausgeübt hat.

Die Arbeiterschaft und ihre Führung, aber auch die Leute unter den Juristen, die rechtlich denken können (sowas gibt es auch!), sollten sich überlegen, wie man das deutsche Volk von den Fesseln, die es sich mit diesem Reichsgericht selber angelegt hat, befreien kann. Denn nicht nur „manche Leute“, sondern viele behaupten,

daß das Reichsgericht mit Gerechtigkeit nichts zu tun hat, und daß es also beseitigt zu werden verdient.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, den 11. Juni, 20.15 Uhr, im Lokal THOMSEN, Beim alten Schützenhof 4. Thema: Proletarier aller Parteien verständigt euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

Hann.-Münden: Freitag, den 10. Juni, 20.30 Uhr, im Sitzungszimmer des Volkshauses. Thema: Der Krieg im Fernen Osten und die Weltkriegsgefahr.

Zwickau: Montag, den 13. Juni, 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftsbaus, Crimtschauer Straße.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Ankurbelung der Wirtschaft durch Inflation? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Es gärt weiter im Ruhrgebiet.

Herne: Die Unterstützungssätze für Erwerbslose werden gekürzt. Erregte Debatten im Stadtparlament. Am 3. Juni sammeln sich auf dem Rathausplatz etwa tausend Arbeiter. Sie fordern Auszahlung der alten Sätze. Die Polizei will den Platz „säubern“, es kommt zu Raufereien zwischen Polizisten und Demonstranten. Die Polizei behält die Oberhand. — Diese Vorgänge wiederholten sich am selben Tag.

Solingen: Eine größere Anzahl Erwerblosler warf am Mühlenplatz die Scheiben der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, sowie der Commerz- und Privatbank ein. Die Polizei ging mit Karabinern gegen die Demonstranten vor.

Hamborn: In der Sandstraße und in der benachbarten Eisenstraße sind aus Mülltonnen Barrikaden errichtet worden. Die Polizei wird mit Nieder- und Hungerrufen sowie Steinwürfen empfangen. Die Menge wurde schließlich von der Polizei zerstreut.

Gelsenkirchen: Demonstrationen im Innern der Stadt. Polizei schreitet ein. Zwei Demonstranten werden wegen verbotenen Waffenbesitzes verhaftet. — In der Nacht fand eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten statt. Es gab Verletzte.

Langenberg: Um Störungsversuche (infolge der Unruhen in den Städten des Ruhrgebiets) am Langenberger Radiosender zu verhindern, wird dieser unter polizeiliche Bewachung gestellt.

Witten: Am 4. Juni Erwerbslosendemonstration im Rathaus, um dem Fürsorgedezernenten die Wünsche der Er-

werbslosen vorzutragen. Hungerrufe. Die Polizei greift ein und schließt das Rathaus. Daraufhin finden auf dem Markt Erwerbslosendemonstrationen statt.

Herringen: 70—80 Erwerbslose senden eine Delegation zum Gemeindevorsteher und verlangen Herausgabe von Kohlen. Der Gemeindevorsteher erklärt sich für unzuständig. Empörung unter den Demonstranten. Die Polizei „säubert“ den Platz. — Am Abend wird das Tor der Zeche „Franz“ gewaltsam geöffnet; ein mit Kohlen beladener Waggon 300 Meter durch die Straßen gefahren und Kohlen auf die Straße geschüttet, die von Männern und Frauen aufgesammelt wurden. Als die Polizei erschien, waren fast alle Kohlen verschwunden. Nur bei einem Bergmann fand man bei einer Haussuchung Kohlen; der Bergmann gab zu, sie gestohlen zu haben, er habe kein Geld, sich welche zu kaufen.

Dortmund: 200 Nazis kommen im Demonstrationszuge von einer Beerdigung. Es kommt zu Zusammenstößen mit Anhängern der KPD. Die Polizei löst die Demonstration auf. Ein Nazi wurde festgenommen, weil er geschossen hatte. Er gab an, daß seine Waffe versehentlich losgegangen sei.

Die Polizei wird nervös. In Wuppertal tagt der Vorstand des Barmer Mieterbundes. Die Polizei erscheint mit dem Ruf „Hände hoch“. Der Vorstand wird verhaftet. Um Mitternacht stellt sich heraus, daß es sich „um falsche Leute handelt“. Die Versammlung der Erwerbslosen sollte aufgelöst werden.

Sieg der Freien Gewerkschaften bei Ullstein.

F. G. Von den 16 Arbeiterratssitzen bei Ullstein-AG erhalten die freien Gewerkschaften 10, die RGO 6, während bisher das Verhältnis 8 zu 8 war. Von den 2835 abgegebenen Stimmen erhielten die Liste der freien Gewerkschaften 1702, die RGO, die im Vorjahre 1544 hatte, erhielt nur 1102 Stimmen.

Diese Niederlage hat die RGO sicher nicht zuletzt erhalten wegen ihres im Januar dieses Jahres bei Ullstein ausgelösten Streiks der 100 Rotationshilfsarbeiter. Wie leichtfertig und gewissenlos dieser Streik eingeleitet wurde, ist daran zu sehen, daß schon am Tage, als der Streik begann, sich viele der freigewerkschaftlich organisierten Streikenden meldeten und verlangten, daß der Vorstand des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter mit der Firma Ullstein wegen Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln solle, da sie von den RGO-Funktionären hinters Licht geführt worden seien und nicht zu einem Streik für die KPD und RGO gegen die freien Gewerkschaften bereit seien.

40-Stunden-Woche in den Brauereien bleibt erhalten.

F. G. Die Funktionäre der Berliner Brauereiarbeiter nahmen am Mittwoch zu dem Verhandlungsergebnis über den Manteltarif Stellung. Da die alten Tarifbestimmungen im wesentlichen unverändert geblieben sind, stimmten die Funktionäre dem Verhandlungsergebnis zu. Während der Geltungsdauer des Kurzarbeits-Abkommens wird je nach der Beschäftigungsdauer des einzelnen Brauereiarbeiters eine Kürzung der Urlaubszeit um ein bis drei Tage eintreten. Der neue Manteltarif soll bis zum 31. Januar 1935 gelten.

Wie wir vor längerer Zeit berichteten, drohte es anlässlich der Forderungen der Brauereibesitzer, besonders auch durch die Durchbrechung der 40-Stunden-Woche, zum

Kampf zu kommen. Immer wieder können wir feststellen, daß da, wo die Gewerkschaften sich zum Widerstand aufraffen, auch die Unternehmer mit ihren Forderungen zurückgedrängt werden können.

Wenn zwei dasselbe tun, . . .

Wenn SP oder SAP Gewerkschaftsgelder — die auch für Streiks notwendig sind — dazu mißbrauchen, für ihre Partei Propaganda zu machen, ganz gleich, ob das in den Gewerkschaftszeitungen oder an sogenannten „Kulturabenden“ geschieht, dann ist das Bruch der parteipolitischen Neutralität; denn die Beiträge werden auch von Kollegen mit aufgebracht, die weder die eine noch die andere dieser Parteien schätzen. Es mutet aber ganz sonderbar an, wenn dann SP und SAP sich gegenseitig ihre Schandtaten vorwerfen.

So geschah es, daß bei den „Kulturabenden“ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullier-Verbandes in Offenbach am 30. und 31. Mai der Bevollmächtigte GALM (SAP) die Abende, die sehr stark besucht waren, dazu benutzte, Propaganda zur Hessenwahl für die SAP zu machen. Darob große Entrüstung bei der SP, die sich in einem Artikel im „Offenbacher Abendblatt“ darüber beklagt, daß „Herr GALM erneut Einrichtungen seiner Organisation zum Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei“ mißbraucht. Die Berechtigung dieser Klage — die an sich wohl gegeben ist — leitet das SP-Blatt davon ab, daß ja nur der geringste Teil der Gewerkschaftsmitglieder etwas mit der SAP zu tun habe. (Also nicht aus dem Grundsatz der parteipolitischen Neutralität, die wir für notwendig halten.) Und wenn das „Offenbacher Abendblatt“ am Schlusse des Artikels schreibt, „daß das, was sich dieser Bevollmächtigte erlaubt, in keiner anderen Organisation möglich wäre“, dann ist man erstaunt, mit welcher Unverschämtheit hier Tatsachen — die jeder bei einer Wahl nachprüfen kann — auf den Kopf gestellt werden.

Ja, wenn zwei dasselbe tun.

Karl Schneider.

„Porgy“

der packende Neger-Roman von DU BOSE HEYWARD, mit dem wir unsere Leser bekanntgemacht haben, ist in Buchform erschienen, in der Serie „Romane der Welt“, im Verlag Th. KNAUR Nachf. und kostet 2,85 Mark.

Morgen

beginnen wir mit dem Abdruck des neuen Romans von THEODOR PLIVIER:

„Der Kaiser ging — die Generäle blieben.“

Die hier in die Form des Romans gekleideten, aber authentischen Veröffentlichungen vom Herbst 1918, gestützt auf Augenzeugen und Erinnerungsbücher jener Zeit, sind gerade jetzt besonders aktuell, zeigen sie doch, daß schon damals der Boden für die heutige Generalsepoche bereitet worden ist.

In einer 15 Punkte enthaltenden Anklageschrift fordert der Untersuchungsleiter SEABURY, den Gouverneur ROOSEVELT auf, Oberbürgermeister WALKER wegen Pflichtverletzung durch Annahme von Geldern, deren Herkunft nicht genügend geklärt worden sei, vom Amt zu entfernen. Einen Hauptanklagepunkt bildet der Kreditbrief der Omnibusgesellschaft über 10 000 Dollar, mit denen WALKER seine Europareise finanziert hat.

Die Ministerpräsidenten der Länder treffen sich bei PÄPEN am Sonnabend gelegentlich einer Besprechung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats mit dem Reichskanzler.

Auch aus dem „Reichsbanner“ soll HOERSING ausgeschlossen werden — so haben Bundesvorstand und Bundesrat auf einer gemeinsamen Tagung in Berlin einstimmig beschlossen. Wodurch HOERSING sich im „Reichsbanner“ unmöglich gemacht hat, ist nicht gesagt worden; daß er eine neue Partei gegründet hat, wäre ja noch kein Grund für einen Ausschluss aus dem angeblich überparteilichen „Reichsbanner“.

Zwanzig Verletzte sind die Opfer eines Straßenbahnzusammenstoßes in der Stresemannstraße, Ecke Prinz-Albrecht-Straße in Berlin.

Die Wendische Volksbank AG, eine Sparkasse vor allem für die Spreewald-Bauern, hat ihre Zahlungen eingestellt. Ursache der Schwierigkeiten: Verluste und große Abhebungen seitens der Depositenkundschaft.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

In zweiter, unveränderter Auflage erschien:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Herausgegeben vom Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund (ISK).

Pressestimmen:

„Zwei Mittel werden als entscheidend hingestellt: Ankurbelung der Bauwirtschaft und Siedlung...“

„Bremische Lehrerzeitung“ Nr. 8, vom 13. Mai 1932.

„Das Problem der Arbeitsbeschaffung steht im Vordergrund unserer Tage, und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigt Regierung, Parteien und Gewerkschaften. Wir kennen nun schon eine Anzahl von Richtlinien zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, und nun hat auch noch der Internationale Sozialistische Kampf-Bund solche herausgegeben. Seine Forderungen decken sich im wesentlichen mit dem von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten Programm, also: Senkung der Kartellpreise, Ankurbelung der Bauwirtschaft, Senkung der Getreidepreise und Siedlung. Die Schrift wird sicher als sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise entsprechende Beachtung finden.“

„Gewerkschaft“ Nr. 14, vom 2. April 1932.

Umfang: 40 Seiten. Internationale Verlagsanstalt
Preis: 20 Pfennig. ★ Berlin S 14, Inselstraße 8a.

MAGDEBURG

Zum frischen Obst

schmecken rohe Gebirgs-

Haferflocken vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund)

nur 3,60 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postscheck-

Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barossastraße 8.

Telefon: 25 52 42

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug-

aus erstklassigem Stoff

mit bestem Futter.

In sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten,

je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni:
9-10. Fritz Lang: **Der müde Tod.**

Kulturfilm: „Gläserne Wundertiere“.

11-13 Zwei Russenfilme:

Dowschenko: **Erde.**

Das Lied vom alten Markt.

Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr

Freunde
und Leser des
„Funke“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Geeignet bei Einkäufen
unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammelr. F 1 Moritzplatz 5471

druckt

Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Soeben erschien:

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Beyer.

52 Seiten. Geheftet 0,40 M.

Aus dem Inhalt:

Zur Zinstheorie der Freigeldlehre.

Ist der Geldbesitzer dem Warenbesitzer

wirtschaftlich überlegen?

Die Ursache des Zinses.

Worin besteht die „Willkür“ der so-

genannten Geldbesitzer?

Die Ursache der Ausbeutung.

Kann der Zins durch Einführung von

Schwundgeld abgeschafft werden?

Wirkungen des Schwundgeldes.

Zur Krisentheorie der Freigeldlehre.

Die Quantitätstheorie.

Die Ursachen der Wirtschaftskrisen.

Können die Wirtschaftskrisen vermieden

werden durch die Einführung der Index-

währung?

Können die Wirtschaftskrisen durch das

Schwundgeld vermieden werden?

Gold- oder Indexwährung?

Der Geldstreik.

Die Wära-Aktion.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto: Berlin 318 42.

Valeras Kampf gegen den Treueid.

Auf das Drängen DE VALERAS fand am Mittwoch im irischen Senat eine Abstimmung über das Treueidgesetz statt. Der erste Teil des Gesetzes, der den Treueid abschafft, wurde angenommen; die Klauseln, nach denen die Vorrangstellung des englisch-irischen Vertrages vor der irischen Verfassung aufgehoben werden sollte, wurden abgelehnt.

Vor der Abstimmung war von Senatsmitgliedern der Antrag gestellt worden, das Inkrafttreten des Gesetzes so lange hinauszuzögern, bis eine Vereinbarung zwischen England und Irland getroffen sei. DE VALERA lehnte das im Namen der Regierung ab. Die Regierung habe ihre Auffassung über den Treueid nicht geändert; es liege darum kein Grund vor, die Verhandlungen über das Gesetz hinauszuzögern.

Der Senat hat sich mit dieser Erklärung, die gerade jetzt, während der auf Einladung DE VALERAS laufenden englisch-irischen Verhandlung recht merkwürdig klingt nicht zufriedengegeben: Im Anschluß an die Abstimmung über das Treueidgesetz hat er mit 55 gegen 22 Stimmen beschlossen, das Inkrafttreten des Gesetzes so lange zu verschieben, bis England sich mit der Beseitigung des Treueids einverstanden erklärt hat. Man nimmt an, daß DE VALERA auf diesen Boykott mit dem Ausschreiben von Neuwahlen antworten wird, wodurch er eine stärkere Mehrheit für die Abschaffung des Treueids zu erhalten hoffe.

MACDONALD und der englische Außenminister SIMON beabsichtigen, am Sonnabend nach Paris abzureisen. SIMON wird dann nach Genf gehen, um an der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, während MACDONALD Besprechungen mit HERRIOT über die Konferenz in Lausanne haben wird.

Germain Martin zur Finanzlage Frankreichs.

Der neue französische Finanzminister GERMAIN MARTIN gab am Mittwoch vor einigen Pressevertretern Erklärungen über die französische Finanzlage ab. Die Lage sei ernst; der Fehlbetrag des Haushalts, der im Rechnungsjahr 1930/31 etwa 2½ Milliarden Francs (410 Millionen Mark) betragen habe, werde im laufenden Rechnungsjahr, da mit einer Wiederaufnahme der deutschen Young-Zahlungen nicht zu rechnen sei, auf etwa 4 Milliarden Francs (660 Millionen Mark) steigen. Die Regierung habe dem Vorschlag des Finanzministers und des Haushaltsministers zugestimmt, daß noch vor Abschluß der Parlamentsitzung eine Gesetzesvorlage eingebracht werden solle, die eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben und zu finanziellen Reformen enthalten werde. Man hoffe so für den Haushalt von 1935 das Gleichgewicht wiederherstellen zu können.

In den Wandelgängen der französischen Kammer erzählte man sich am Mittwoch, daß TARDIEU einen geplanten längeren Erholungsurlaub bis nach der angekündigten großen Finanzaussprache verschieben wolle. Man erwartet, daß diese Aussprache zu einem äußerst scharfen Duell zwischen der alten und der neuen Regierung führen wird.

Die chinesische Regierung hat den chinesischen Außenminister LO VEN KAN bevollmächtigt, der Sowjetregierung eine Note über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China zuzustellen.

MATTEOTTI: „Nehmen Sie sich in acht! Die Freiheit zieht Irrtümer nach sich, von denen das Volk sich heilen kann, wie die Geschichte beweist. Die Tyrannei aber führt zum Tode der Nation...“

Das Wüten der Rechten wird stärker. Alle Abgeordneten brüllen gleichzeitig gegen den Wortführer des Proletariats, den die Linke durch ihren Beifall unterstützt. Im Zentrum beobachten die spärlichen Ueberbleibsel der alten politischen Welt, die in der neuen Kammer Sitz haben, unter ihnen GIOIETTI, diese erste Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Opposition, ohne daran teilzunehmen.

Dagegen nehmen die dem Publikum geöffneten Tribünen lebhaft teil. Man hat sie von der faschistischen Miliz besetzen lassen,

und diese begrüßt jede Unterbrechung der FARINACCI, STARRACE, TERRUZI mit Beifallgeheul. . . .

MATTEOTTI: „Sie wollen das Land zum Absolutismus zurückdrängen. Wir verteidigen die Souveränität des italienischen Volkes, dem wir unsoren Gruß entbieten, und für dessen Würde wir eintreten, indem wir fordern, daß man diese Wahlen einer Prüfung in vollem Lichte unterziehe.“

Die Linke erhebt sich von den Sitzen und applaudiert. Von der Rechten wird gerufen:

„Verkauft!“

„Verräter!“

„Provokateur!“

„Und jetzt“, sagt MATTEOTTI lächelnd zu seinen Freunden, „könnt ihr meine Leichenrede vorbereiten.“ . . .

Die Sitzung wird im Tumult aufgehoben. Faschistische Abgeordnete drängen sich um MUSSOLINI.

Der „Duce“ verbirgt seine schlechte Laune nicht. Seit drei Tagen muß man sich mit der Opposition herumschlagen. Er hatte gehofft, sie zu seinen Füßen zu sehen, reuig, wenn nicht bekehrt. Statt dessen stand sie trotz der Diktatur gegenüber.

Am Tage vorher hatte er einen Kommunisten unterbrochen, um ihm zuzurufen:

„Wir haben in Rußland vortreffliche Lehrer. Sie haben uns gezeigt, daß

zwölf Kugeln in den Rücken ein gutes Mittel

gegen die unredlichen Gegner sind.“

Heute abend, im Kreise seiner Parteigänger und seiner

Tschoka, sagt er offen:

„Wenn ihr keine Felglinge wäret, würde niemand gewagt haben, eine solche Rede zu halten!“ . . .

Seit diesem Zeitpunkt lag das Schicksal des sozialistischen Abgeordneten in den Händen einer

Bande, die ihren Sitz im Ministerium des Innern hatte

und der es oblag, den Gegnern des Faschismus das Leben

unmöglich zu machen. . . .

„Feindliche Flieger“. Der Militarismus tobt sich aus.

Aus Recklinghausen läßt sich die „Essener Allgemeine Zeitung“ berichten:

„Im Rahmen der Flugveranstaltungen auf der Hillerheide am Sonntag, dem 12. Juni, um 18 Uhr, wird zur Aufklärung der Bevölkerung über die Maßnahmen des zivilen Luftschutzes die interessante Vorführung eines Fliegerangriffs auf ein Stadtgebiet unter Leitung und Einsatz von Polizei, der Feuerwehr, der Technischen Nothilfe und der sanitären Organisationen stattfinden. Die Stadtverwaltung hat zu diesem Zweck die Errichtung einer „Kulissenstadt“ vorgesehen. Der Vorführung liegt die Annahme zu Grunde, daß infolge politischer Verwicklungen feindliche Flugzeuge die Grenze überflogen haben und Kurs auf das Industriegebiet nehmen. Der deutsche Luftmelde-dienst arbeitet. Das Flugzeuggeschwader wird auf seinem Fluge beobachtet und bald treffen die Meldungen ein, daß mit einem Angriff auch auf Recklinghausen gerechnet werden müsse. Die Polizei hat die erforderlichen Luftschutzkräfte aufboten. Auf den Polizeireviere befinden sich je ein Feuerwehrtrupp, ein Sanitätstrupp und ein Läufertrupp. Bei der Polizeiinspektion stehen weitere Kräfte zur Verfügung, falls die schwachen Trupps der Polizeireviere nicht ausreichen sollten, um die durch den Fliegerangriff entstandenen Schäden zu beseitigen.

Plötzlich kommt von der Warnzentrale die Meldung, daß sich das Geschwader auf dem Fluge nach Recklinghausen befindet und in wenigen Minuten über der Stadt eintreffen werde. Das in der Kulissenstadt befindliche Polizeirevier entsendet seine Läufertrupps, die auf Rädern die Kulissenstadt durchfahren und mit Sirenenhörnern die Bewohner von dem bevorstehenden Angriff in Kenntnis setzen. Die Fabriksirenen heulen. Die Bewohner in den Häusern gehen in die vorbereiteten Schutzkeller, die auf der Straße befindlichen Personen eilen in die besonders markierten Sammelschutzkeller. Auf den Straßen hört jeder Verkehr auf. Auch in den industriellen Werken befinden sich die Arbeiter in den Schutzkellern. Das Eisenbahnausbesserungswerk verschwindet in künstlichen Nebelwolken, um den Fliegern den gezielten Abwurf unmöglich zu machen. Das Geschwader erscheint und wirft Bomben ab, durch die Brände entstehen, man hört die Detonationen der Bomben, einzelne Verletzte sind zu verzeichnen. Die Flieger

Die Note soll auf telegraphischem Wege nach Moskau übermittelt werden und sehr kurz gefaßt sein. Weitere Einzelheiten der Note werden nicht bekanntgegeben. Der Text der Note wird erst drei Tage nach seiner Uebermittlung nach Moskau veröffentlicht werden.

Die gesamte sowjetrussische Presse veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, die chinesische Regierung habe beschlossen, ihre diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland in allernächster Zeit wieder aufzunehmen.

Am Mittwoch vormittag begann vor dem Haager Schiedsgerichtshof das mündliche Verfahren in der Klage, die von den Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, gegen die litauische Regierung wegen Verletzung dieses Abkommens angestrengt worden ist.

Anläßlich der bevorstehenden Präsidentenwahlen sind in dem mittelamerikanischen Staat Honduras Unruhen ausgebrochen, zu deren Ueberwindung Militär eingesetzt wurde. Die Kämpfe der Truppen mit den Aufständischen führten auf beiden Seiten zu Verlusten. Ueber drei Provinzen ist das Kriegsrecht verhängt worden.

Am Nachmittag des 10. Junis 1924

verließ MATTEOTTI seine in der Via Pisanelli Nr. 40 in Rom gelegene Wohnung, um ins Parlament zu gehen. Seit mehreren Tagen verschärfte die faschistische Presse ihre Angriffe gegen die sozialistischen Abgeordneten. Unter anderem verbreitete sie die Nachricht, die übrigens falsch war, daß MATTEOTTI die Absicht habe, die Regierung wegen eines Petroleumskandals zu interpellieren. Die Polizei hatte angefangen, den Abgeordneten beständig zu überwachen, unter dem Vorwande, ihn zu beschützen. Zufällig waren aber gerade an diesem Tage keine Polizisten da, die ihm nachliefen.

Der Tag war überwältigend warm und sonnig. Die Straßen und Kais längs des Tibers waren fast ganz menschenleer.

Als MATTEOTTI in den Kai Arnaldo da Brescia einbog, drängten sich fünf Individuen, die man für friedliche Fußgänger hätte halten können, um ihn, packten ihn, machten ihn wehrlos und stießen ihn in ein Auto, das bereitstand und das sofort den Weg nach der Campagna Romana einschlug.

Was ist dann in dem Auto vorgegangen?

Einer der Schergen hat es später erzählt. MATTEOTTI schwieg nicht, trotz der plötzlichen Ueberwältigung, trotz der Todesdrohung, trotz den Faustschlägen, die auf ihn niederstauten. Er ergab sich nicht. Vielleicht hoffte er durch seinen Schrei die Aufmerksamkeit von Spaziergängern oder Bahnwärtern auf sich zu lenken. Am ganzen Körper gefesselt, zerbrach er noch mit einem Fußtritt eine Scheibe des Autos. Und er rief nach Hilfe.

Da zog einer der Schergen den Dolch, kaltblütig, und stieß ihn in die Brust des Wehrlosen. Die letzten Worte MATTEOTTIS waren:

„Ihr könnt mich töten, aber die Idee, die in mir ist, werdet ihr niemals töten.“

Und damit war es zu Ende. Den Leichnam verbarg man zunächst im Auto, das dann den Abend und einen Teil der Nacht in der römischen Campagna umherirrte, auf der Suche nach einem geeigneten Ort, um den Toten loszuwerden. Erst nach vierzig Tagen sollte man den Körper wiederfinden, in einem Walde verscharrt, der Quarterella. . . .

Die Verbrecher wären in keiner Weise behelligt worden, wenn nicht zufällig ein Portier die Nummer des Autos — 551216 — notiert hätte und so die Polizei gezwungen war, den Nachforschungen die geeignete Richtung zu geben. . . .

CESARE ROSSI, der damals der Pressechef des Ministerpräsidenten war und alle Fäden des Regimes in der Hand

setzen ihren Flug fort. Jetzt eilen die auf dem Polizeirevier befindlichen Hilfstruppen heran, um die Brände zu löschen, Verletzte zu bergen und Trümmer zu beseitigen. Die Polizei sperrt gefährdete Häuser ab und leitet, wo erforderlich, den Verkehr um. Dem ersten Fliegerangriff folgt jedoch bald ein zweiter. Nach dem Abflug des Geschwaders stellt der Polizeireviervorsteher fest, daß er mit seinen Kräften allein nicht der Lage Herr werden kann. Er erbittet bei seiner Inspektion Hilfe. Und nun erscheinen die Bereitschaftskräfte der Inspektion, die Feuerwehr, um zu löschen, die Entgiftungstrupps der Technischen Nothilfe, um mit chemischen Mitteln vergaste Straßen und Häuser zu entgiften, die Aufräumungstrupps der Teno, um Aufräumarbeiten durchzuführen und etwa Verschüttete zu befreien, die Sanitätskolonne und der Arbeiter-Samariterbund, um die Verletzten und Gaskranken zu bergen und sie fortzuschaffen. Nachdem einwandfrei festgestellt, daß die Fliegergeschwader sich auf dem Rückflug befinden, und mit weiteren Angriffen zunächst nicht zu rechnen ist, wird durch Glockensignal der Bevölkerung bekanntgegeben, daß die Fliegergefahr vorüber ist.“

Da haben also endlich die Leute etwas zu tun und — nicht zuletzt! — zu verdienen gekriegt, die sich das Leben nicht ohne Mord vorstellen können.

Zu diesem abernernen Treiben aber muß man mehr sagen, als daß es eine Verrücktheit darstellt. Denn was für Gefühle und Gedanken züchtet man mit solchen Manövern groß? Mindestens die, daß es auf die Dauer unvermeidlich ist, Fliegerangriffe und also Kriege aus der Welt zu schaffen. Gerade dieses Gewöhnen an kriegerische Maßnahmen aber heißt, direkt zum Kriege hetzen. Wer soll denn der fragliche Angreifer sein, gegen den sich Recklinghausen zu verteidigen hätte? Doch nicht ein deutsches „Freikorps“ — so wichtig es wäre, den Schutz gegen solche Banden zu organisieren. Als Angreifer gilt doch hier nur der „Erbfeind“, der Franzose, der also mit solchen Mitteln zum Gegenstand der Kriegspsychose gemacht wird. Das aber verdient „Brunnenvergiftung“ zu heißen, während Herr VON PAPPEN vor einigen Tagen damit die Erörterung seiner mindestens umstrittenen Tätigkeit als Militärattaché in den USA bezeichnete. Die künstliche Aufpflanzung der Ueberzeugung von sogenannten „nationalen“ Unterschieden, geradezu blutsmäßiger, angeerbter „Erb-Feindschaft“ — dieser ganze durchsichtige Schwindel, von dem Soldaten und die „blutige Internationale der Rüstungsindustrie“ leben, das ist nicht nur Brunnenvergiftung, sondern Seelenvergiftung, Menschenverblödung und Massenmord.

Das Aufdecken dieser Beziehungen aber gilt nur bei Nationalisten und Militaristen als Brunnenvergiftung — bei vernünftigen Leuten gilt es als ein Schritt vorwärts aus dem Sumpf der Barbarei.

Wer „nationale“ Gegensätze erfindet, will damit meist die vorhandenen Klassen-Gegensätze vertuschen.

Legen wir diesen Schwindlern das Handwerk.

„Entehren wir den Krieg!“ Willi Eichler.

Wie der Angriff eines modernen Bombengeschwaders auf eine Stadt aussieht, das soll am kommenden Sonntag auf dem Tempelhofer Feld in Berlin an einer aus Kulissen aufgebauten Stadt gezeigt werden. Der Angriff wird vom Aero-Club von Deutschland veranstaltet.

hatte; hat später im „Daily Herald“ erzählt, daß MUSSOLINI noch am Abend des Verbrechens unter Hinweis auf die Aufregung in den Kreisen der Opposition gesagt hatte:

„MATTEOTTI hat immer die Opposition gesucht;

jetzt mögen ihn die Herren in einer Kloake suchen.“

In der Kammer war der Premierminister weniger zynisch und vorsichtiger. In der Sitzung vom 12. Juni nahm er das Wort, um zu erklären, daß die Annahme eines Verbrechens kaum noch von der Hand zu weisen sei, angesichts der zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen der sozialistische Abgeordnete verschwunden war. Er fügte hinzu, daß diese Annahme die Empörung der Regierung und des Parlaments erregen müsse.

Da ertönte von der äußersten Linke eine Stimme, die des republikanischen Abgeordneten CHIESA, um jene Worte auszusprechen, die die Ereignisse der nachfolgenden Tage zu einer Anklageformel machen sollten:

„Die Regierung schweigt; sie ist mitschuldig!“

MUSSOLINI, totenblau geworden, schien unter dem Schlag zu wanken, während die Mehrheit sich gegen den republikanischen Abgeordneten kehrte. Schon senkte sich der dunkle Fittich der Tragödie über den Himmel Italiens. . . .

Am Abend desselben 12. Juni war die Polizei in der Lage, den ganzen Hergang aufzudecken, da der Portier, der sich die Nummer des Autos notiert hatte, seine Anzeige erstattete. So wußte die Polizei die Namen der materiellen Vollzieher und ließ deren Führer, DUMINI, in dem Augenblick verhaften, als er Rom verlassen wollte. Indem sie den Faden der Verantwortlichkeit weiter verfolgte, stieß dann die Polizei auf einen faschistischen Journalisten, den Biedermann FILIPPELLI, den Chefredakteur des „Corriere Italiano“, einen Freund MUSSOLINIS, der das Auto geliefert hatte. Weiter auf den Pressechef des Ministerpräsidenten, Rossi, auf den administrativen Generalsekretär der faschistischen Partei, MARINELLI. Der Faden führte ganz direkt zum Viminal, dem Sitz des Ministeriums des Innern, und von da in das Vorzimmer MUSSOLINIS. Bis hierhin verfolgte ihn die Polizei, um dann stehen-zubleiben, als vor einer Schwelle, die ihr profaner Fuß nicht berühren durfte. . . .

Um dieselbe Zeit erklärte MUSSOLINI im Parlament: „ . . . Mehr als grauenhaft, ist dieses Verbrechen von geradezu demütigender Dummheit.“

Und doch war es in den Räumen der Regierung selbst ausgeheckt und vorbereitet worden! Durch eine faschistische Tschoka, deren Organisation MUSSOLINI selbst gefordert hatte, und der er DUMINI zum Führer bestellte,

den Mann, der sich rühmte, zwölf Morde auf dem Gewissen zu haben,

und Mithelfer zur Seite, gegeben, wie VOLPI, den Mörder unseres alten Genossen INVERSETTI, in Mailand!

Autarkie als Mittel gegen die Krise?

Wir entnehmen den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes die nachstehenden Ausführungen:

Die Drosselung der Produktion und der scharfe Rückgang des Güterumschlages in der gesamten Weltwirtschaft machen das Bestreben verständlich, die noch vorhandene Arbeit in den einzelnen Volkswirtschaften möglichst für die heimische Industrie zu sichern, um so die Arbeitslosigkeit nicht noch größer werden zu lassen. Diese Absicht führte in fast allen Ländern leider nicht zu energischem Anpacken der *Arbeitsbeschaffungsfrage* und zu gemeinsamer Krisenabwehr auf internationaler Basis, sondern zu jenen Bestrebungen, die man unter *Autarkie* zusammenfaßt. Autarkie setzt sich zum Ziel, den gesamten Bedarf der Volkswirtschaft möglichst aus eigenen Hilfsquellen der Wirtschaft zu decken. Hinter dieser Idee steht der Wunsch, die Einfuhren möglichst stark einzuschränken, ohne den Export zu verringern:

jedes Land ist bestrebt, eine aktive Außenhandelsbilanz zu erreichen.

Da der Kreislauf des weltwirtschaftlichen Güterumschlages sich nicht schließen kann, wenn alle Länder dieses gleiche Ziel verfolgen, ist es für jeden

Gibt es Staaten, für die die Voraussetzungen zur Autarkie zutreffen?

Eine 100prozentig sich selber genügsame Wirtschaft gibt es heute auf der Welt nicht. Dem Autarkie-Ideal kommen am nächsten das riesige Landgebiet Sowjet-Rußlands mit seiner 160-Millionen-Bevölkerung und das große Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika. Beide Länder sind aber, obwohl sie über einen außerordentlichen Reichtum an natürlichen Hilfsquellen verfügen, in den Welthandel eingespant. Sie benötigen, trotz ihres Reichtums, Rohstoffe, Halbfabrikate und insbesondere Fertigwaren anderer Länder! In gewissem Sinne könnte man noch das englische Weltreich nennen, das sich jetzt nach der Preisgabe des Goldstandards streifer zur Wirtschaftseinheit organisiert.

Wie weit aber zum Beispiel auch die USA noch von der Autarkie entfernt sind, beweist eine außerordentlich interessante Studie von Professor RÜHL, die vom deutschen Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht wurde. Sie bringt zur *Frage der internationalen Arbeitsteilung* unter Zugrundelegung der Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika wertvolles Material, das die Autarkie-Anhänger eines Besseren belehren sollte. Die Arbeit kommt für das Jahr 1927 zu dem Ergebnis, daß von der Einfuhr Amerikas im Werte von 4,3 Milliarden Dollar rund 13 Prozent auf die Unmöglichkeit der Eigenproduktion in den Vereinigten Staaten zurückzuführen waren. 21,5 Prozent der Gesamteinfuhr umfaßten Waren, die an sich in Amerika produziert werden könnten, für die die USA aber keine Produktionsmöglichkeiten hatten. Mehr als 15 Prozent der Einfuhr entfielen auf Waren, die entweder durch eine bestimmte in den USA nicht zu erzielende Sorte beziehungsweise durch eine besondere Qualität gekennzeichnet waren, und fast 35 Prozent der eingeführten Waren entfallen auf Güter, deren Bedarf mit den in den USA bestehenden Produktionsanlagen nicht gedeckt werden konnte. Nur etwa 11 Prozent der Gesamteinfuhr umfaßten Waren, die man an sich im Lande in genügendem Umfange selber hätte produzieren können, die aber vom Ausland billiger hergestellt wurden oder im Wettbewerb mit inländischen Waren wegen günstigerer Transportverhältnisse überlegen waren.

Das Ergebnis seiner Arbeit wurde vom Verfasser etwa wie folgt gekennzeichnet: „Vom Standpunkt des Autarkie-Gedankens aus gesehen, erscheint die Feststellung besonders wichtig, daß nur ein unbedeutender Teil der eingeführten Waren mit den eigenen Produktionskräften hergestellt werden könnte, daß aber für den weitaus größten Teil ein Verzicht auf die ausländischen Güter auch eine Umstellung der inländischen Produktion bedeuten würde.“

In der Untersuchung wird sehr zutreffend darauf hingewiesen, daß es außerordentlich fraglich ist, ob eine derartige Umstellung wirtschaftlich wäre beziehungsweise ob sie aus außerwirtschaftlichen Gründen überhaupt erwünscht sein könnte. Man erkennt aus dieser Untersuchung, in welcher großem Ausmaß der Autarkiegedanke die Gefahr in sich trägt, daß

die Jagd nach einem Ideal, das keines ist, weltwirtschaftlich gesehen mit einer Kapitalfluchtinvestierung größten Stils endet,

die das Elend der Menschheit nur noch vergrößern müßte. Während nämlich das autarkie-besessene Land neue Produktionsstätten aufbauen müßte, ohne daß es deshalb die Garantie hat, eine Güterversorgung und eine Bedürfnisbefriedigung seiner Wirtschaft im früheren Maße wirklich zu erreichen, würden an anderen Stellen der Weltwirtschaft Produktionsanlagen in großem Umfange stillgelegt und abgerissen werden müssen, weil für sie keine Verwendungsmöglichkeit mehr besteht. In einem Zeitpunkt, in dem der kapitalistische Produktionsapparat auf der ganzen Erde bereits eine Leistungsfähigkeit besitzt, die zu einem sehr hohen Prozentsatz unausgenutzt bleibt, wäre Autarkie als Ziel der Handels- und Wirtschaftspolitik wirtschaftlicher Wahnsinn, wie er höchstens noch in der massenhaften Vernichtung von Gütern und dem offenen Mord im Weltkrieg ein Ebenbild hätte. Eine nur als „Autarkie-Fimmel“ zu bezeichnende Bewegung hat aber gerade diejenigen Länder erfaßt, in denen alle Voraussetzungen für eine selbstgenügsame Wirtschaft vollkommen fehlen.

Die weltwirtschaftlichen Bindungen sind durch die Weltwirtschaftskrise in einem ungeheuren Ausmaße zerstört worden. Krieg und Nachkriegszeit hatten bereits durch die Neuschaffung und Verlagerung wichtiger Produktionsstätten die Wiederherstellung der Vorkriegsbeziehungen unmöglich gemacht, — die Krise hat dann das ihre dazu getan, um die Handelsbeziehungen und den Warenaustausch der Völker untereinander noch weiter zusammenschrumpfen zu lassen. Dadurch hat das Gefüge der Weltwirtschaft eine andere Struktur erhalten. Die Entwicklung ging dahin, große geographische Gebiete zu einheitlichen Wirtschaftsräumen zusammenzuschließen. So eindeutig erkennbar der Zug zur „Groß-

von vornherein klar, daß das Experiment schief gehen muß!

An sich ist das Bestreben, die Einfuhren zu verringern, verständlich und in Notzeiten gerechtfertigt; es darf aber nicht dazu führen, aus einer vernünftigen volkswirtschaftlichen Handlungsweise einen volkswirtschaftlich wie weltwirtschaftlich gleichermaßen grotesken und unhaltbaren Zustand zu schaffen. Die Weltwirtschaftskrise hat aber dazu geführt, daß das erträgliche Maß derartiger Maßnahmen längst durch einen übersteigerten Protektionismus abgelöst worden ist, der durch Devisenzwangswirtschaft als Folge der Währungsschwierigkeiten noch verschärft wurde. Der Preis, den jede Volkswirtschaft für solche protektionistischen Experimente in verschiedener Gestalt zahlen muß, ist immer der Verzicht auf die bisherige Bedürfnisbefriedigung, also eine Verschlechterung des Lebensstandards!

Es ist für jeden leicht erkennbar, daß Autarkie überhaupt nur dort zur Grundlage der Wirtschaftspolitik gemacht werden könnte, wo entsprechende Voraussetzungen vorhanden sind. Die wichtigste Voraussetzung ist das Vorhandensein der für den volkswirtschaftlichen Bedarf notwendigen Rohmaterialien im eigenen Lande. Ohne natürliche Hilfsquellen und entsprechend große, durch richtige Lohn- und Sozialpolitik kaufkräftig erhaltene Bevölkerung ist Autarkie selbstmörderischer Unfug.

raumwirtschaft“ war, so falsch war es, diese Entwicklung dahin zu deuten, als ob Großraumwirtschaft gleichbedeutend sei mit Autarkie. Die Frage lautet nicht: wird die Weltwirtschaft durch Autarkie abgelöst? — das Problem ist vielmehr in der Organisation großer Wirtschaftsräume als Basis für den Wiederaufbau der zukünftigen Weltwirtschaft zu sehen.

Aus der Krise gibt es keinen Ausweg, wenn Protektionismus in all seinen sehr unterschiedlichen Formen als „Autarkie-Protektionismus“ Triumphe feiert. Ein Herauskommen aus der Krise gibt es insbesondere für Europa nicht, wenn die unheilvolle Zerstückelung dieses an sich relativ kleinen geographischen Raumes in viele, durch politische Staatsgrenzen sinnlos festgelegte Wirtschaftsgebiete aufrechterhalten bleibt. Die Zielsetzung Europas sollte also nicht sein, einem gar nicht durchführbaren Autarkie-Ideal nachzugehen; denn gerade in Europa springen die Gefahren der Folgen von Fehlinvestitionen durch Autarkie besonders stark ins Auge, weil ja Europa die am stärksten industrialisierten Länder auf sich vereinigt.

Für Europa ist Autarkie weder ein Ziel noch eine Hoffnung!

Die Aufgabe Europas ist es vielmehr, ein großräumiges Wirtschaftsgebiet zu organisieren, das sich gegenüber dem Schwergewicht der anderen großen Wirtschaftseinheiten in der Welt behaupten kann. Nicht Abkapselung von der Weltwirtschaft durch einen unerfüllbaren Autarkiewillen, sondern Einbau der europäischen Großraumwirtschaft in das neu entstehende Gefüge der Weltwirtschaft tut not!

Freilich sind wir von einer Verwirklichung noch weit entfernt, um so dringlicher ist ihre Propagierung.

Arbeitslosigkeit in Deutschland und England.

Am 31. Mai wurden in Deutschland statistisch erfaßt: 5 583 000 Arbeitslose. In Wirklichkeit sind wohl 6 bis 7 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos. Wie sehr die Frühjahrsbelegung stockt, zeigt die nachstehende Tabelle über den Rückgang der Arbeitslosigkeit:

	1930	1931	1932
1. bis 15. März	— 87 000	+ 9 000	+ 1 000
16. bis 31. März	— 238 000	— 236 000	— 95 000
1. bis 15. April	— 151 000	— 116 000	— 100 000
16. bis 30. April	— 103 000	— 270 000	— 197 000
1. bis 15. Mai	— 87 000	— 147 000	— 62 000
16. bis 31. Mai	— 65 000	— 158 000	— 92 000
	731 000	918 000	545 000

In der Zeit vom 1. März bis zum 31. Mai ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen im Jahre

1930 um 21,7 Prozent
1931 um 18,5 Prozent
1932 um 8,9 Prozent.

Am 23. Mai wurden in England statistisch erfaßt: 2 741 000 Arbeitslose. In Wirklichkeit sind wohl 3 Millionen Menschen in England arbeitslos.

Die Veränderung der Arbeitslosigkeit zeigt die folgende Tabelle:

	1931	1932
22. Februar bis 21. März	— 32 000	— 134 000
22. März bis 25. April	— 60 000	+ 85 000
26. April bis 23. Mai	— 13 000	+ 89 000
	— 105 000	+ 40 000

Die Frühjahrsentlastung machte im Jahre 1931 4 Prozent aus. In diesem Jahr ist eine Steigerung der Arbeitslosigkeit während der Frühjahrsaison um 1,5 Prozent zu verzeichnen. Während der Monate April und Mai ist die Arbeitslosigkeit um je 80 bis 90 000 gestiegen. — Weder Pfundentwertung noch Zölle erweisen sich als Mittel zur Bekämpfung der Krise!

BELGIEN

Sinkende Arbeitslosigkeit: Nach Mitteilung der Versicherungskassen, die 50 Prozent der Arbeiter umfassen, gab es Ende April 18,8 Vollarbeitslose und 22,6 Prozent Kurzarbeiter (im Vormonat: 19,3 Prozent Vollarbeitslose und 23,4 Prozent Kurzarbeiter).

ENGLAND

Folgen der Errichtung von Zollmauern: Seit November wurden in England 132 ausländische Unternehmungen neu errichtet. Den Ursprungsländern nach verteilen sich die Unternehmungen wie folgt: 65 deutsche, 11 französische, 11 österreichische, 9 belgische, 9 dänische, 9 spanische, 9 japanische und 12 sonstige. 3882 inländische Arbeiter erhielten hierbei neue Beschäftigung. Sobald die gegenwärtig in Bau befindlichen Betriebe fertig sind, wird sich diese Zahl auf 80 000 erhöhen. — Wo bleibt die Statistik über die Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch die Zollpolitik?

Deutsche Zahlungsbilanz 1931: 2,3 Milliarden Kapitalabstrom.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ die deutsche Zahlungsbilanz für 1931. Durch Zusammenziehung einzelner Posten ergibt sich das folgende Bild (Angaben in Millionen Mark):

Quelle:	Verwendung:
Erlös aus Wareneinfuhr	Bezahlung der Wareneinfuhr
9 730	6 948
Erlös aus Dienstleistungen ans Ausland	Bezahlung von ausländischen Dienstleistungen
730	578
Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank	Zinszahlungen an das Ausland
1 653	1 600
Zinseinnahmen aus dem Ausland	Reparationszahlungen
300	992
Wertpapierverkäufe ans Ausland	Wertpapierkäufe im Ausland
478	681
Neuaufgenommene langfristige Auslandsanleihen	Rückzahlung von langfristigen Auslandsanleihen
358	269
Verkauf von Auslandsforderungen der deutschen Banken	Rückzahlung von Auslandschulden der deutschen Banken
1 700	1 900
Verkauf deutscher inländischer Anlagen ans Ausland	
185	
Verkauf deutscher ausländischer Anlagen ans Ausland	
80	
Neu aufgenommene kurzfristige Auslandsanleihen	Rückzahlung von kurzfristigen Auslandsanleihen
791	305
	Verschiedene Kapitalrückzahlungen
	2 732
	16 005

Wie nach der Kreditkrise im vorigen Jahr zu erwarten war, ist die Zahlungsbilanz durch einen außerordentlich starken Kapitalabzug gekennzeichnet. Allein für 1,9 Milliarden Mark wurden Auslandsschulden deutscher Banken zurückbezahlt. Die Passivseite der Zahlungsbilanz („Verwendung“) wird noch vergrößert durch die Zinszahlungen an das Ausland, die insgesamt 1,6 Milliarden Mark betragen und denen nur 300 Millionen Mark Zinseinnahmen gegenüberstehen. Die Zahlungsbilanz war trotz des Hoover-Moratoriums belastet durch rund 1 Milliarde Mark Reparationsverpflichtungen, ferner durch deutsche Wertpapierkäufe im Ausland, die die Wertpapierverkäufe an das Ausland um 200 Millionen Mark übersteigen (in diesen Zahlen kommt unter

anderem die deutsche Kapitalflucht in den Krisenmonaten Juni und Juli zum Ausdruck!).

Die Zahlungen an das Ausland wurden in erster Linie finanziert durch den deutschen Ausfuhrüberschuß von 2,8 Milliarden Mark, der zwar um 1,2 Milliarden Mark größer war als im Vorjahr, aber bei weitem nicht hinreichte, um die Devisennachfrage zu befriedigen. Zum Ausgleich mußten außer Auslandsforderungen der deutschen Banken in Höhe von 1,7 Milliarden Mark noch Gold und Devisen der Notenbanken in etwa derselben Höhe herangezogen werden.

Die hohe Aktivität der Handelsbilanz von rund 2,8 Milliarden Mark ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einfuhr gegenüber den Vorjahren weit mehr gesunken ist als die Ausfuhr. Noch 1929 stand der Wareneinfuhr in Höhe von 13,6 Milliarden Mark eine Wareneinfuhr von 13,7 Milliarden Mark gegenüber, sodaß sich ein kleiner Einfuhrüberschuß ergab. 1931 betrug die Wareneinfuhr 9,7 Milliarden Mark, und dagegen stand eine Wareneinfuhr von nur 6,9 Milliarden Mark.

Der Aktivsaldo der Dienstleistungen ist in den letztvergangenen Jahren ständig zurückgegangen. Er schrumpfte von 325 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 223 Millionen Mark im Jahre 1930, auf 152 Millionen Mark im Jahre 1931. Die Schrumpfung ist vor allem durch den Rückgang der Einnahmen aus dem Schiffsverkehr zu erklären. Während 1929 aus dem Schiffsverkehr von Deutschland als Ganzem betrachtet noch 278 Millionen Mark mehr eingenommen als ausgegeben wurden, waren es 1931 nur noch 14 Millionen Mark. Diese Schrumpfung wird allerdings zum Teil dadurch ausgeglichen, daß die Reisen Deutscher ins Ausland wesentlich abgenommen haben.

Insgesamt hat sich die Verschuldung Deutschlands um 2295 Millionen Mark verringert, man kann also von einer erzwungenen Kapitalausfuhr in dieser Höhe reden. In den vorhergegangenen Jahren hat infolge verkehrter Wirtschaftspolitik stets eine Kapitaleinfuhr stattgefunden. Die Wirtschaft hatte sich darauf eingestellt, welche starken Stöße die Gesamtwirtschaft, insbesondere Produktionsgüter- und Bauindustrie, von der nun erfolgten Umstellung empfangen mußte, zeigt die folgende Zahlenreihe.

Kapitalbewegung zwischen Deutschland und dem Ausland.	
1927	3925 Millionen Mark Kapitaleinfuhr
1928	4298 Millionen Mark Kapitaleinfuhr
1929	2667 Millionen Mark Kapitaleinfuhr
1930	793 Millionen Mark Kapitaleinfuhr
1931	2295 Millionen Mark Kapitalausfuhr